

Wir haben, glaube ich, auch feststellen können, daß es wehtun kann, Erinnerungen zuzuhören, und daß vor allen Dingen Erinnern wehtun kann. Immer dann, wenn soziale und politische Bezüge zu heute hergestellt worden sind, ist aber auch deutlich geworden, daß offensichtlich auch Teilen wehtut.

Wenn die zwei Tage gestern und heute mit dazu beitragen könnten, daß wir es schaffen, noch mehr Verständnis, mehr Sensibilität aufzubringen, uns in die Schuhe derer, die damals gelitten haben, zu stellen und dann noch überzeugender als bisher zu teilen, dann wäre – so glaube ich – viel erreicht.

Mancher wird vielleicht sagen: Ihr habt euch hier auf den Weg gemacht, um den Alltag in der Deutschen Demokratischen Republik zu hinterfragen, vorzustellen. – Ich glaube, daß uns das gelungen ist, wenn auch sicherlich nicht in 16 Millionen Facetten. Aber ich möchte jedem, der hier gewesen ist, noch einmal deutlich sagen: Es waren Tausende, viele Tausende, von denen in diesen zwei Tagen geredet worden ist. Und ich glaube, auch darin sind wir uns einig: Ein einziger noch wäre zuviel!

Lassen Sie mich für die Enquete-Kommission noch einmal sagen: Es wird diesen Brief geben, einen Brief an die zuständigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages mit der dringenden Forderung um Beschleunigung und Nacharbeit. Ich gehe davon aus, daß die Enquete-Kommission unter den politischen Persönlichkeiten unseres Landes um Unterstützung werben und bitten wird. So verstehe ich auch das Hiersein der Präsidentin des Deutschen Bundestages.

Ein sehr persönlicher Satz zum Schluß. Für mich ist in den letzten beiden Tagen durch die Formulierung vieles auf den Punkt gebracht worden: Die DDR war der permanente Anschlag auf die Würde des Menschen.

Ich bitte Sie, sehr verehrte Frau Präsidentin, zu uns zu sprechen.

Bundestagspräsidentin Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth: Herr Vorsitzender! Lieber Herr Eppelmann! Mitglieder der Enquete-Kommission! Meine Damen und Herren! Wenn ich hier am Ende der Veranstaltung kurz das Wort ergreife, dann möchte ich die Motive kurz benennen.

Das erste, was mir wichtig ist, ist, denen zu danken, die diese Veranstaltung durchgeführt haben, und vor allem denjenigen, die hier gesprochen haben. Denn ich glaube – ich sage das aus der Situation meiner Person, die Vergleichbares nicht erfahren hat –, es ist wahnsinnig schwierig, das, was man erfahren hat, dann auch noch öffentlich erinnernd in Sprache umzusetzen, das, was zum Allerpersönlichsten und doch zugleich zu dem gehört, was man durch Staat, die Mitmenschen mit ihren unterschiedlichen Funktionen und auch ganz persönlich erfahren hat. Wir wissen auch aus Dokumenten nach 1945, was das dem einzelnen abverlangt.

Und dennoch: Nach dem, was ich heute morgen gelesen habe, was mir Herr Eppelmann vom gestrigen Tage berichtet hat, ist neben der großen

Anstrengung, dem Stammeln, den Tränen – von denen ich sagen muß: Gut, daß es noch die Fähigkeit zum Trauern gibt! – auch deutlich geworden, wie schwierig es ist, Alltag einzuschätzen, wie unterschiedlich er für die einzelnen war, auch wenn Sie gerade noch einmal die überwölbende Überschrift „Anschlag auf die Würde des Menschen“ genannt haben.

Es ist vom SED-System und -Regime gesprochen worden. Für mich ist ganz wichtig, daß wir etwas mitnehmen: Es genügt nicht, wenn so etwas im Grundgesetz steht – es muß gelebt und praktiziert werden.

Das zweite, das gestern und heute deutlich geworden ist, ist, wie es den Gruppen ergangen ist, die als politisch Andersdenkende eigentlich im Sinne dessen, was auch in der Verfassung der früheren DDR stand, leben wollten, denken und handeln wollten, welche Unterdrückung und welche Repression sie erfahren haben, nicht nur als Intellektuelle, als alltägliche Bürger aus den Gruppen, ob es nun Verweigerer des Wehrdienstes in den Gruppen „Frieden und Menschenrechte“ waren, ob es diejenigen waren, die wegen ihrer christlichen Überzeugung ausgegrenzt waren, die von Ausbildung, Studium und Beruf ausgegrenzt wurden. Ich denke, die Palette ist breit, und „Repression“ ist ein viel zu sanfter Ausdruck für das, was an tiefsten Verletzungen bis hin zu Zerstörungen erfolgt ist.

Ich habe nicht persönlich folgen können, möchte aber einiges sagen, was mich gegenwärtig beschwert und was offenbar auch der gestrige Tag noch einmal zum Ausdruck gebracht hat. Das ist die Aufforderung an mich und an uns: Vermeiden wir wenigstens einen Teil der Fehler, die wir nach 1945 unter ganz anderen Bedingungen begangen haben. Ich erinnere an die Auseinandersetzungen, die zunächst durch die Alliierten durchgeführt wurden. Im Rahmen meiner kurzen Ausführungen will ich darauf jetzt nicht eingehen.

Da möchte ich drei Punkte besonders herausheben. Ich weiß nicht, inwieweit das auch Gegenstand Ihres Briefes ist.

Mich bedrückt besonders nachhaltig – und hier können wir uns auch als Parlamentarier nicht zufriedengeben –, daß die Benachteiligten und Unterdrückten von gestern wiederum auch die Benachteiligten und Ausgegrenzten von heute sind. So können wir Unrecht nicht wiedergutmachen!

(Beifall)

Ich glaube, das ist das, was ich am häufigsten erfahre, nicht nur hier, sondern auch wenn ich Ihnen an anderen Orten begegne. Und ich verstehe auch diejenigen, die uns wegen des Unrechtsbereinigungsgesetzes sehr kritisch angehen. Ich glaube, wir alle wissen, daß trotz der Schwierigkeiten in unseren Finanzkassen darüber noch nicht das letzte Wort gesprochen sein kann. Ich gebe mich jedenfalls nicht damit zufrieden und weiß, daß viele Parlamentarier das auch nicht tun. Sie alle wissen, wieviel Ungereimtes

es auch bei Gutmeinenden gab und gibt hinsichtlich dessen, was ich „Entschädigung“ nennen möchte. Wir hatten auch einmal das furchtbare Wort „Wiedergutmachung“. So etwas kann man nicht wiedergutmachen. Also sollten wir solche Wörter nicht erfinden. Aber wenn man überhaupt einen finanziellen Ausgleich gibt, damit wenigstens noch ein Rest an Lebenschancen wahrgenommen werden kann, dann ist dies nicht zu Ende geführt.

Ich füge in den Fragenkatalog, der hier auch zur Sprache gekommen ist – jedenfalls entnehme ich das dem, was ich jetzt am Ende mitbekommen habe –, ein: Zu dem, was Alltag in der früheren DDR ausmachte, gehört auch die Frage: Und wie sind wir damit umgegangen? Was war denn unser Alltag?

Mir ist das eben zu schnell gegangen, als gesagt wurde, das sei entweder Dummheit oder Berechnung gewesen. Es war weiß Gott komplizierter. Hier sitzen ja Mitverantwortliche am Tisch, und ich nehme mich für die Zeit ab 1985 gar nicht aus. Wir alle müssen uns hier fragen, wenn man sagt, es habe Anpassung und Verweigerung, Anpassung und Repression gegeben: Was war unter diesen Bedingungen zu tun, was haben wir richtig gemacht, und was hätten wir anders machen können?

Ich finde, diese Frage gehört auch mit dazu, weil der Alltag in der früheren DDR in hohem Maße von dem abhängig war, was die Schwestern und Brüder im freien Teil Deutschlands taten und was die Europäer, was die Alliierten taten. Dies alles gehört auch zum Alltag in der früheren DDR und kann nicht außen vor gelassen werden. Denn wenn wir danach fragen, wie es bei euch war, müssen wir gleichzeitig fragen, wie es bei uns war. Und wer da sagt, er wasche seine Hände in Unschuld, den möchte ich erst noch geboren wissen. Sie können in diesem Bereich nicht handeln, ohne gleichzeitig auch Fehler zu machen in Anpassungen, die notwendig waren, und in Unterlassungen. Ich denke, beides gehört zusammen. Niemand sollte also sagen: Wir haben den Stein der Weisen gefunden, wir haben uns immer richtig verhalten.

Ich komme gerade von einer Veranstaltung „25 Jahre Deutsches Hilfswerk und Diakonie“. Wie hätten denn Krankenhäuser, Behindertenheime, Altenheime auszusehen, wenn wir nicht auch Wege gegangen wären, wo jeweils überlegt werden mußte: Geht es noch oder geht es nicht mehr? Da fangen dann die Fragen an.

Ich habe es häufig erlebt – das möchte ich als letzten Satz sagen –, daß an einem Tag ein Mitglied der Oppositionellen uns sagte: Wenn ihr nicht bald aufhört, diesen Staat zu stabilisieren, dann ist die Lage für uns hoffnungslos! – Dann waren am anderen Tag diejenigen da, die sagten: Ihr müßt unbedingt sehen, daß sie doch die Ausreise erhalten; ihr müßt mehr tun für Besuche und Begegnungen! –

Ich denke, es gibt kein menschliches Handeln frei von Verantwortung und Schuld. Wenn wir das daraus lernen, dann ist für mich das Tröstliche und Hoffnungsvolle, daß offenbar hier Menschen, die bereit waren, sich öffentlich

zu erinnern, auch die Chance gegeben wurde, sie mit ihrer Geschichte, ihrem Alltag anzunehmen und nicht schon wieder mit Urteilen und Vorurteilen zu belegen; denn eine Tabuisierung hat uns in keinem Bereich weitergebracht. Ich sage sogar: Das, was wir auch gegenwärtig an Antisemitismus haben, hat auch etwas mit falschen Tabuisierungen zu tun.

Ich danke allen noch einmal ganz herzlich.

(Beifall im ganzen Hause)

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Frau Präsidentin. Der Beifall erübrigt jeden Kommentar. Nur ein Wort noch: Die Aufarbeitung der Geschichte der SED-Diktatur ist eine gesamtdeutsche Aufgabe.

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Ich darf nun die Obleute der Enquete-Kommission bitten, im einzelnen ihre Statements abzugeben. Zunächst Frau Abg. Dr. Dorothee Wilms von der Unions-Fraktion.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich glaube, nach den Tagen, die wir hier miteinander im Deutschen Reichstag verbracht haben, erübrigen sich große Kommentare, vor allen Dingen, weil Frau Professor Süßmuth schon das wichtigste zusammengefaßt hat. Ich muß für mich sagen, als jemand, der im Westen gelebt hat, aus dem Westen kommt, aber eben aus einer Zeit stammt, die sich auch noch sehr intensiv mit den Verhältnissen in der damaligen SBZ/DDR auseinandergesetzt hat, die in den letzten Jahren vor der Wende auch Verantwortung in der damaligen Bundesregierung getragen hat, für mich sind solche Tage wie jetzt in Berlin – wir hatten ja auch in Leipzig schon solche Tage – Tage, über die man sehr lange nachdenken muß, die es verbieten, jetzt schon vorschnelle Antworten zu finden. Ich möchte Ihnen nur in einem Recht geben, Frau Präsidentin, daß wir, ob im Osten oder im Westen, alle miteinander über die vergangenen 40 Jahre und 45 Jahre nachdenken müssen. Ich finde es besonders gut – das möchte ich hervorheben –, daß wir hier in diesem Raume im Deutschen Reichstag in Berlin, im Plenarsaal des Deutschen Bundestages, im Gebäude des alten Deutschen Reichstages mit seiner Vergangenheit getagt haben, weil ich glaube, daß die Begegnung gerade hier an diesem Ort für viele auch ein Stück Genugtuung gewesen ist, daß man sein Leid und seine Pressionen auch einmal hier an diesem Ort vortragen konnte. (Beifall)

Und deshalb herzlichen Dank an Sie, Frau Präsidentin, daß Sie die Möglichkeit geboten haben, daß wir hier an diesem Ort haben tagen können, was ja auch nicht so ganz selbstverständlich ist. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Herr Abg. Markus Meckel, SPD-Fraktion.

Abg. Meckel (SPD): Ich möchte auch beginnen mit einem Dank an die Präsidentin, die mit ihrer Anwesenheit deutlich macht, daß die Kommission nicht irgendeine Kommission ist, die irgendwo sitzt, sondern daß es der